# Literatur

Autor(en): **Brügel, J.W. / Glatz, Harald**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **56 (1977)**

Heft 2

PDF erstellt am: **29.05.2024**

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

# Literatur

### Die sozialdemokratischen Gegner des Nationalsozialismus

So unwürdig das gegenseitige Lizitieren mit der Zahl der im Kampf mit dem Nationalsozialismus gefallenen Opfer der verschiedenen ihm feindli- Gruppen auch ist, muss man doch bedauern, dass von sozialdemokratischer Seite so wenig geschieht, um den Anteil der Partei und ihrer Anhänger an dem Widerstand gegen das Dritte Reich festzuhalten. Die SPD hat 1946 noch aus der Londoner Emigration ein «Weissbuch» darüber veröffentlicht, aber das ist vergriffen und inhaltlich überholt. Darum muss man es dankbar begrüssen, dass privater Initiative ein Taschenbuch entsprungen ist, das aus der riesigen Literatur über den Widerstand die Sozialdemokraten betreffenden Daten zusammenfasst (Peter Grasmann, Sozialdemokraten gegen Hitler 1933–1945, Günter Olzog Verlag, München 1976). Grasmann macht knappe, übersichtliche Angaben über die Politik und die inneren Streitigkeiten der exilierten deutschen Sozialdemokraten und befasst sich dann mit den sozialdemokratischen Widerstandsnestern im Lande selbst. Am wertvollsten sind seine Kurzbiographien hingerichteter Sozialdemokraten, wie Julius Leber und Wilhelm Leuschner. Dass seine Darstellung nicht erschöpfend ist und zum Beispiel die frühere Reichstagsabgeordnete Johanna Kirchner nicht erwähnt, die als Emigrantin vom Vichy-Regime an die Gestapo ausgeliefert und nach einem Scheinprozess hingerichtet worden ist, wird man ihm verzeihen. Ergänzt wird das Büchlein durch heute schwer zugängliche Dokumente, so der Reichstagsrede vom 23. März 1933, in der Otto Wels namens der SPD Hitler und dessen johlenden Parteigängern das stolze Wort zugerufen hat: «Freiheit und das Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.» J. W. B.

### Das rote Bologna

Was in den zwanziger Jahren das «rote Wien» war, scheint heute das «rote Bologna» zu sein: ein kühnes Experiment. Hier wie dort wurden die Möglichkeiten einer Kommunalpolitik, die sich an den Interessen der Mehrheit der Bewohner orientiert, radikal genutzt.

Drei Schweizer Journalisten beschreiben den Tatbestand. Ursprünglich wollten die drei nur einige Tage in Bologna verbringen – sie blieben zehn Monate.

Was macht die Besonderheit Bolognas aus? Die Voraussetzungen waren sicher günstig. Die wirtschaftliche Struktur der Region ist ausgeglichen; Stadt und umgebende Provinz, die Emilia Romagna, haben eine lange demokratische Tradition. Hier wussten sich schon im 18. und 19. Jahrhundert die Landarbeiter und kleinen Bauern in Genossenschaften zusammenzuschliessen. Sie funktionieren noch heute. Stadt und Region haben gemeinsame Ziele. Bologna ist nicht vom Umland isoliert (wie Wien es war). Stadt und Region konkurrenzieren einander nicht, sie arbeiten zu-

sammen. Das alles ist natürlich keine Garantie für eine Kommunalpolitik, der die Lebensverhältnisse der Bewohner mehr bedeutet als Wirtschaftlichkeit.

In Bologna wird nicht nur «verwaltet». Eine gute Verwaltung allein wäre für das erstrebte Ziel zuwenig. In einem mühsamen Prozess wurde versucht, die Bevölkerung an den Entscheidungen über ihre Stadt zu beteiligen. Dies bedeutet mehr, als alle vier Jahre eine bestimmte Partei zu wählen. Die Bevölkerung nimmt laufend an der Lösung städtischer Probleme (Verkehrsbereich, Wohnungswesen, Gesundheitswesen usw.) teil. Auch die Gewerkschaften nehmen regen Anteil an städtischer Politik. «Höhere Löhne sind . . . keineswegs die einzigen Kampfziele der Bologneser Arbeiter» (114). So legten die drei örtlichen Gewerkschaftszentralen (CGIL, UIL, CISL) 1973 ein gemeinsames Programm vor, das von den Unternehmern eine Beteiligung an der Finanzierung von öffentlichen Sozialleistungen (Gratis-Nahverkehr, Kinderkrippen) forderte. Diese Forderung sollte in den Kollektivverträgen festgelegt werden. Mit den bedeutendsten Unternehmen wurden solche Verträge schon abgeschlossen.

Dies geht selbstverständlich nicht ohne Konflikte. Oft entscheidet die Bevölkerung auch gegen die Vorstellungen der Planer und der Stadtverwaltung.

1960 wurde das gesamte Stadtgebiet in 18 «Quartiere» eingeteilt. Jedes dieser Quartiere hat einen Stadtteilrat, und jede Entscheidung, jedes Projekt wird ausführlich besprochen.

Längerfristiges Ziel: die Bürger sollen nicht nur kontrollieren oder über vorgelegte Pläne entscheiden. Sie sollen selbst Anregungen geben und ihre Bedürfnisse vorbringen, ihre Wünsche verwirklichen.

Das schaut in der Theorie schön aus, die Durchführung ist aber schwierig, Rückschläge sind unvermeidlich. Dazu die Bologneser: «Wir haben Zeit gehabt, Fehler zu machen und diese Fehler wieder zu korrigieren» (41).

Die Ergebnisse dieses mühsamen Prozesses können sich jedoch sehen lassen:

● Das Zentrum der Stadt wurde nicht den Banken, Versicherungen und Grosskaufhäusern geopfert.

Die Wohnbevölkerung und die ansässigen Geschäfte und Betriebe werden nicht verdrängt. Das Zentrum ist weder ein Getto für die Reichen oder Touristen noch ein reines Geschäftsviertel, das nach Geschäftsschluss ausgestorben ist.

● Das Ausufern der Stadt soll begrenzt werden. Bologna plant, die Einwohnerzahl (derzeit 500 000) auf 600 000 zu beschränken.

Die Stadt soll nicht Leute aus der umliegenden Region aufsaugen. Gemeinsam mit den umliegenden Städten und Gemeinden wird eine ausgeglichene Entwicklung der Region angestrebt und gemeinsam geplant.

● Die Stadt wird auch nicht dem Automobil geopfert werden. Die öffentlichen Verkehrsmittel können in der Stosszeit kostenlos benützt werden.

● Das Sozialbudget, das derzeit 40 Prozent des Haushalts ausmacht (italienischer Durchschnitt 6 bis 15 Prozent), wird nicht dazu verwendet, sich von sozialen Problemen «loszukaufen».

Die alten Leute werden nicht in Altersheimen «interniert», sie sollen zu Hause, in ihrer gewohnten Umgebung, betreut werden. Psychisch geschädigte oder körperbehinderte Kinder sollen gleichfalls nicht in Sonderanstalten abgeschoben werden. Die ersten Schritte dazu sind bereits getan.

Zufrieden ist man mit dem Erreichten noch lange nicht. «Bologna ist keine glückliche Insel», betont Bürgermeister Zangheri in einem Gespräch mit den Autoren. Den Reformen sind enge Grenzen gesetzt. Die Gesetze werden immer noch in Rom gemacht, auch ein Grossteil des Geldes kommt aus der Hauptstadt, und die Rundfunk- und Fernsehsendungen werden auch dort gemacht.

Der Bericht über das «rote Bologna» lässt erahnen, wieso Bologna, trotz aller Einschränkungen, eine Ausnahme in der italienischen Landschaft ist. Es fehlt jedoch eine intensivere Auseinandersetzung mit den Kritikern der Bologneser Politik. Dabei ist weniger die Kritik der Spekulanten, Banken, Grosshandelsbetriebe von Interesse, sondern die Kritik, die sich, trotz aller Sympathien für das, was in der Stadt geschieht, mit den künftigen Problemen, beispielsweise der finanziellen Zukunft der Stadt, auseinandersetzt. Und diese Kritik gibt es.

Das Buch ist reichlich mit ausgezeichneten Illustrationen versehen, es ist flüssig geschrieben. Zweifellos soll es nicht einige wenige Fachleute, sondern einen möglichst grossen Kreis von Lesern ansprechen. Es lohnt sich, das Buch zu lesen. *Harald Glatz*

*Max Jäggi, Roger Müller, Sil Schmid: Das Rote Bologna, Verlagsgenossenschaft, Zürich 1976. 302 Seiten.*

**Thomas Manns Bonner Ehrendoktorat**

Paul Egon Hübinger: «Thomas Mann, die Universität Bonn und die Zeitgeschichte.» Drei Kapitel deutscher Vergangenheit aus dem Leben des Dichters. R. Oldenbourg Verlag, München, 682 Seiten. 56 Mark.

In einem riesigen Wälzer von beinahe 700 Seiten ist der Bonner Universitätsprofessor Paul Egon Hübinger der Frage nachgegangen, wie es im Dritten Reich zur Ausbürgerung von Thomas Mann und Aberkennung des ihm von der Universität Bonn verliehenen Ehrendoktorats gekommen ist. Das Buch enthält viele überflüssige Details und Wiederholungen, während der Forscherfleiss von Hübinger wichtige Gesichtspunkte übersehen hat. Nichtsdestoweniger macht uns der Autor mit vielen bisher unbekannten und zur Beurteilung sowohl von Thomas Mann als auch des

Dritten Reiches charakteristischen Fakten bekannt. Ehe sich Thomas Mann zum entschiedenen Republikaner und undoktrinären Parteigänger des demokratischen Sozialismus entwickelt hat, gehörte er zu den «Siegfriedlern», wovon sein noch im Oktober 1918 erschienenes Buch «Betrachtungen eines Unpolitischen» das zeugt. Wir erfahren nun von Hübinger, dass ironischerweise Thomas Mann ihm wegen seiner Haltung gegen das Dritte Reich aberkannte Ehrendoktorat 1919 geradezu als Belohnung für seine deutschnationale Haltung erhalten hat, und das in merkwürdiger Gesellschaft: vor ihm war die gleiche Ehrung aus den gleichen Gründen Krupp zuteil geworden, nach ihm Hindenburg.

Thomas Manns Antwort auf die Aberkennung des Ehrendoktorats – die Antwort, in der die denkwürdigen und prophetischen Sätze stehen: «Sie (die Nazi) haben die unglaubwürdige Kühnheit, sich mit Deutschland zu verwechseln! Wo doch vielleicht der Augenblick nicht fern ist, da dem deutschen Volke das Letzte daran gelegen sein wird, nicht mit ihm verwechselt zu werden.» – Diese Antwort war nicht die erste öffentliche Reaktion von Thomas Mann auf das Dritte Reich, zu dem er sich zur Enttäuschung vieler ursprünglich schweigend verhalten hatte. Aber sie ist in ihrer sprachlichen und gedanklichen Vollendung mit Recht berühmt geworden und hat zur Verbreitung der Wahrheit über das Deutschland Hitlers wesentlich beigetragen. Aus früheren Veröffentlichungen war bereits bekannt, dass sich sogar das Berliner Auswärtige Amt gegen die Ausbürgerung von Thomas Mann lange gewehrt hat, weil das abträgliche Folgen im Ausland gehabt hätte. Hübinger verdankt man die bisher unbekannte Information, dass sich selbst der Propagandaminister Goebbels für die Vertagung der Ausbürgerung bis nach der in Berlin im Sommer 1936 stattfindenden Olympiade ausgesprochen hat. Man hat in dieser Sache sogar die Meinung Hitlers eingeholt, der zuerst mit der Hinhaltetaktik des Auswärtigen Amtes einverstanden war und später sein Einverständnis zur Ausbürgerung bekanntgab.

Teils unrichtig und teils unvollständig behandelt Hübinger die Frage von Manns Einbürgerung in der Tschechoslowakei, die der Ausbürgerung aus Deutschland vorangegangen war. Hübinger hat sich leider auf einige sachlich unrichtige Veröffentlichungen zum Thema gestützt, die der Rezensent aus seinen eigenen Erfahrungen zu berichtigen in der Lage ist. Thomas Mann, der damals in Küsnacht bei Zürich wohnte, hat die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft vor seiner Ausbürgerung aus Deutschland mit Umgehung aller sonst üblichen Formalitäten und Fristen durch die Intervention des deutschen sozialdemokratischen Ministers der Tschechoslowakei Dr. Ludwig Czech erhalten. Als Thomas Mann sich unter Hinweis auf seine neue Staatsbürgerschaft gegen die Beschlagnahme seines Vermögens in Deutschland zur Wehr setzte, war man in Berlin in nicht geringer Verlegenheit, und das Innenministerium schrieb am 27. Mai 1937 dem Auswärtigen Amt, dass danach eigentlich die später er-

folgte Ausbürgerung und die Beschlagnahme des Vormögens unwirksam gewesen seien. Daran schloss sich der folgende bezeichnende Satz:

> «Da ich nicht beabsichtige, die Beschlagnahme aufzuheben, bitte ich besonders die Frage zu prüfen, inwiefern das bei der Einbürgerung des Thomas Mann tschechoslowakischerseits gewählte Verfahren von der normalen Einbürgerungspraxis erheblich abweicht.»

Die «Prüfung der Frage» verlief natürlich negativ, aber eine so unverblümte Erklärung eines Amtes, dass es beabsichtige, das Gesetz zu verletzten, dürfte selten vorher zu Papier gebracht worden sein. Leider ist Hübinger bei seinen Arbeiten in den Archiven dieses für die Zerstörung aller Rechtsbegriffe im Dritten Reich bezeichnende Aktenstück entgangen. Was den Entzug des Ehrendoktorates betrifft, glaubt Hübinger, dass in diesem Falle die Initiative gar nicht von Berlin ausgegangen sei, sondern eine Art Fleissaufgabe des damaligen Bonner Dekans Obenauer dargestellt habe. Das Buch enthält auch interessante dokumentarische Angaben darüber, wie es dann nach dem Krieg zum Widerruf der Aberkennung des Ehrendoktorates gekommen ist. *J. W. Brügel*

## Blick in die Zeitschriften

### Volksfrontpolitik: historisch und aktuell!

Das viermal jährlich in Berlin erscheinende *«Kursbuch»,* Nummer 46, ist mit «Volksfront für Europa» überschrieben. In dem ersten und vielleicht grundsätzlichen Beitrag des Heftes beschäftigten sich Harald Wieser und Rainer Traub mit Entstehung, Geschichte und Theorie der Volksfront wurde 1935 auf dem Kominternkongress in Moskau ratifiziert. (Leser, die mehr zu diesem Thema wissen möchten, sei an dieser Stelle Heft 2/1976 der *«International Review of Social History»,* Amsterdam, empfohlen, wo sich die Wandlungen und die Russifizierung innerhalb der Komintern in der Zeit zwischen 1919 und 1943 anhand der dort publizierten Namen der führenden Kader ablesen lässt.) Es war dies eine taktische Rechtswendung innerhalb der kommunistischen Bewegung. Der Beitrag von Wieser/Traub erinnert nochmals daran, wie es zu dieser Kehrtwendung in der Komintern kam und welche Auswirkungen dieselbe in Frankreich und in Spanien hatte. Anschliessend an diesen grundsätzlichen Beitrag wendet sich die Zeitschrift der aktuellen Problematik dieser politischen Strategie zu. Ekkehart Krippendorff befasst sich mit dem historischen Kompromiss in Italien, Régis Debray stellt in einem Gespräch fest, dass in Frankreich nicht die gleichen Voraussetzungen wie in Chile herrschen. Werner Herzog erläutert die gegenwärtige Situation in Spanien, Christiane Gerhards und Malte Rauch machen Anmerkungen zur «sozialistischen Verfassung und sozialen Realität» im heutigen Portugal; Ursula